

Mainz, den 19. Juni 2024

## Pressemitteilung

### **Treffen von Bundeskanzler und Ministerpräsident\*innen am Weltflüchtlingstag: Über 300 Organisationen fordern: Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern!**

Ausgerechnet am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag, werden Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsident\*innen der Länder bei einer Besprechung in Berlin über die mögliche Auslagerung von Asylverfahren diskutieren. Das Bundesinnenministerium wird dabei einen Sachstandsbericht zu einem entsprechenden Prüfauftrag vorlegen, der bei den Bund-Länder-Beratungen im November 2023 beschlossen wurde.

In einem an die Teilnehmenden der Besprechung gerichteten offenen Brief bekräftigen 309 Organisationen – von lokalen Initiativen der Flüchtlingshilfe bis hin zu bundesweiten Organisationen –, dass sie weiterhin zu einer Gesellschaft gehören wollen, die fliehende Menschen menschenwürdig aufnimmt.

Das Bündnis, dem sich auch der Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz angeschlossen hat, fordert den Bundeskanzler und die Ministerpräsident\*innen deshalb dazu auf, die Auslagerung von Asylverfahren klar abzulehnen. Weltweit zeigten alle bisherigen Versuche, Drittstaaten zu „Subunternehmern“ in Sachen „Flüchtlingsschutz“ zu machen und sich auf diese Weise der eigenen Verantwortung zu entledigen, dass sie zu mehr Leid bei den Betroffenen und zu schweren Menschenrechtsverletzungen führen, nicht funktionieren und extrem teuer sind.

Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativausschuss *„Das Recht, vor Gefahren für Leib und Leben zu fliehen, braucht notwendigerweise ein Recht auf Ankommen! Mit der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in Drittstaaten*

- *würde Deutschland sich einer Verpflichtung entledigen, die maßgeblich aus den Erfahrungen aus der Zeit des Dritten Reichs abzuleiten ist, als Millionen Menschen vor Verfolgung fliehen mussten und verzweifelt ein Aufnahmeland gesucht, aber nicht gefunden haben;*
- *würden Staaten zu ‚Subunternehmern‘ gemacht, auf deren politische, gesellschaftliche und rechtliche Entwicklung Deutschland ebenso wenig direkten Einfluss nehmen kann wie auf deren Umgang mit schutzsuchenden Menschen;*
- *würde der Kern der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) unterlaufen, nachdem niemand an einer Grenze abgewiesen werden darf, ohne dass vorher in einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren geprüft wurde, ob der Person eine menschenrechtswidrige Behandlung droht.“*

Das Bündnis fordert Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsident\*innen der Länder dazu auf, sich stattdessen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft für eine menschenwürdige Aufnahme von Schutzsuchenden in Deutschland stark zu machen. Denn eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht Vielfalt, Offenheit und ein konsequentes Einstehen für die Menschenrechte für alle, so das Bündnis.

Das Bündnis wurde initiiert von PRO ASYL, dem Paritätischen Gesamtverband, Ärzte ohne Grenzen, Brot für die Welt, Diakonie Deutschland und Amnesty International. Der offene Brief mit den unterzeichnenden Organisationen ist [hier](#) zu finden.

## Der offene Brief von über 300 Organisationen im Wortlaut:

### Menschen schützen statt Asylverfahren auslagern

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten,

Menschlichkeit ist sowohl in Deutschland als auch in Europa die Basis unseres Zusammenlebens. Sie zu schützen ist unsere gesellschaftliche Pflicht. Dazu gehört auch: Die unbedingte Achtung der Menschenwürde. Sie steht aus gutem Grund seit 75 Jahren in unserem Grundgesetz und gilt für alle Menschen, egal woher sie kommen.

Ausgerechnet am Weltflüchtlingstag beraten Sie die Idee der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes aus Deutschland und Europa in Drittstaaten. **Wir, 309 Organisationen und Initiativen, möchten Teil einer Gesellschaft sein, die geflüchtete Menschen menschenwürdig aufnimmt. Wer Schutz bei uns in Deutschland sucht, soll ihn auch hier bekommen. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht.**

**Bitte erteilen Sie Plänen zur Auslagerung von Asylverfahren eine klare Absage.**

Als im Flüchtlingsschutz aktive Organisationen und Initiativen wissen wir: Aufnahme und Teilhabe funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen und der politische Wille vorhanden ist. Vor den derzeitigen Herausforderungen verschließen wir dabei nicht die Augen. Wir begegnen ihnen vielmehr mit konstruktiven, praxisnahen und somit tatsächlich realistischen Vorschlägen für eine zukunftsfähige Aufnahme. Dafür setzen wir uns jetzt und auch zukünftig mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften ein – gerade auch auf kommunaler Ebene.

Pläne, Flüchtlinge in außereuropäische Drittstaaten abzuschieben oder Asylverfahren außerhalb der EU durchzuführen, funktionieren hingegen in der Praxis nicht, sind extrem teuer und stellen eine Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit dar. Sie würden absehbar zu schweren Menschenrechtsverletzungen führen, wie pauschale Inhaftierung oder dass Menschen in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen menschenunwürdige Behandlung oder Verfolgung drohen. Bei Geflüchteten lösen solche Vorhaben oft große Angst aus und erhöhen die Gefahr von Selbstverletzungen und Suiziden. Dies gilt gerade für besonders schutzbedürftige Geflüchtete wie Menschen mit Behinderung, Kinder, queere Menschen, Überlebende von Folter oder sexualisierter Gewalt. Das zeigen uns die Erfahrungen der letzten Jahre, etwa das Elend auf den griechischen Inseln als Folge der EU-Türkei-Erklärung.

Aktuell leben drei Viertel der geflüchteten Menschen weltweit in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Setzen Sie sich deswegen für eine glaubhafte, nachhaltige und gerechte globale Verantwortungsteilung im Flüchtlingsschutz ein.

Wir sind uns sicher: Realistische und menschenrechtsbasierte Politik stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dass Anfang des Jahres so viele Menschen wie noch nie in Deutschland auf die Straße gegangen sind, um ein Zeichen für eine offene und diverse Gesellschaft und gegen Rechts extremismus zu setzen, macht uns Mut. **Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht Vielfalt, Offenheit und ein konsequentes Eintreten für Menschenrechte – für alle.**

*Für Doppelsendungen des offenen Briefs wird um Entschuldigung gebeten.*